

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Juni 2015



Grundlagen für Türkei-Beitritt nicht gegeben

Die türkische Regierung bekämpft abweichende Ansichten und einen kritischen Diskurs mit Verboten und entfernt sich zunehmend von demokratischen Grundwerten. "Auch dafür hat Erdogan bei den Parlamentswahlen am Sonntag die Quittung bekommen." Das Europäische Parlament hat diese Woche seinen Bericht über die Reformbemühungen der Türkei im letzten Jahr und die Bewertung der Fortschritte bei den Beitrittsgesprächen verabschiedet. "Der Bericht zeigt deutlich: Wir verhandeln seit zehn Jahre, aber es gibt mehr Rückschritte als Fortschritte. Da die Türkei nach wie vor in keinem einzigen Punkt die Vorbereitungskriterien erfüllt, fordere ich die Kommission auf, eine Neubewertung des gesamten Beitrittsprozesses vorzunehmen. Ich zweifle daran, dass die Grundlagen für die Beitrittsgespräche angesichts der Beschneidung der Grundfreiheiten in der Türkei überhaupt noch gegeben sind." Vor diesem Hintergrund wäre es auch ein fatales Signal gewesen die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel zu fordern.

Energieversorgung

Die Position des Parlaments zur Mitteilung über eine Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung, die die EU-Kommission im Mai 2014 vorgestellt hat, stand die-

se Woche zur Abstimmung in Straßburg. Ferber bedauerte, dass das Parlament nicht in der Lage war, eine gemeinsame Haltung zum wichtigen Thema Energieversorgungssicherheit zu finden. "Versorgungssicherheit erreicht man am besten durch eine Diversifizierung der Lieferanten, Lieferrouten und Energiequellen. Dazu gehören fossile Energieträger wie Kohle oder Gas genauso wie erneuerbare Energien. Wenn Europa sich energiepolitisch unabhängiger und weniger angreifbar machen will, sind Verbote der falsche Weg."

TTIP-Abstimmung verschoben

Der Europaabgeordnete Markus Ferber bedauert die Verschiebung der Abstimmung über die Stellungnahme des EU-Parlaments zu den laufenden Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP. "Wir hätten die Chance gehabt, noch deutlicher für den Schutz europäischer Standards einzutreten und das Verhandlungsmandat zu konkretisieren. Als EVP-Fraktion waren wir bereit darüber abzustimmen. Das interne Chaos bei den Sozialdemokraten verhindert aber die Verbesserung des Verhandlungsmandats und gefährdet die Arbeit der letzten Monate von 15 Parlamentsausschüssen." Ferber kritisiert die SPD-Europaabgeordneten: "Erst haben die europäischen Sozialdemokraten im zuständigen Ausschuss für die Konkretisie-

rung und Ergänzung des Verhandlungsmandats gestimmt und dann den Kompromiss mit nachträglichen Änderungsanträgen unterlaufen. De facto arbeiten sie damit gegen ihren eigenen Parteifreund Sigmar Gabriel und gegen die Parlamentsposition", so Ferber. Jetzt wird sich der Handelsausschuss nochmal mit der Resolution befassen, bevor im Plenum abgestimmt werden kann.

Beziehungen zwischen der EU und Russland

Die EU muss ihre Beziehungen zu Russland in kritischer Weise neu bewerten. Diese sind schwerwiegend beschädigt, denn Russland missachtet mit der politischen Destabilisierung seiner europäischen Nachbarn vorsätzlich die demokratischen Grundsätze und Grundwerte und verstößt gegen das Völkerrecht. So steht es in einer am Mittwoch angenommenen Entschließung des Parlaments. Ferber fordert auf lange Sicht eine konstruktive, berechenbare Beziehung zwischen der EU und Russland. "Aber die Beziehungen zwischen der EU und Russland müssen auf der Achtung des Völkerrechts und einem Dialog fußen." Die Entschließung verurteilt zudem die "willkürliche" schwarze Liste Russlands, die es 89 EU-Politikern und Funktionären untersagt, das Land zu betreten und damit internationales Recht verletzt. Die Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen.

